### Presseservice

##### **Ruhrfestspielstadt Recklinghausen**



# Pressestelle

# 22. Januar 2021

Rathaus, Rathausplatz 3-4, Zimmer 2.12

45655 Recklinghausen

Telefon: 02361/50 13 49

**AfD sagt Versammlung im Ruhrfestspielhaus ab – Städtische VCC kündigt Vertrag**

Der Kreisverband Recklinghausen der AfD hat für Sonntag, 24. Januar, den Saal Kassiopeia im Ruhrfestspielhaus angemietet. Dort sollte die Delegiertenwahl zur Aufstellungsversammlung für die Bundestagswahl im September 2021 stattfinden. Es wurde mit rund 100 Teilnehmer\*innen gerechnet. Die städtische VCC hatte zunächst den Vertrag mit der AfD geschlossen, weil nach rechtlicher Prüfung zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses keine Möglichkeit gesehen wurde, die Anmietung des Saals zu verweigern.

Doch hatte sich die Ausgangslage im Laufe der vergangenen Wochen verändert. So haben Bundesregierung und Ministerpräsidenten bekanntlich eine Verschärfung der Coronaschutzordnung beschlossen, mit dem Ziel, Kontakte noch stärker zu unterbinden. Außerdem formierte sich aus den Gewerkschaften und der Kunstszene Protest gegen die AfD-Versammlung im Ruhrfestspielhaus. Das zusammengenommen veranlasste die Stadt, den Mietvertrag für den Saal Kassiopeia zu kündigen.

„Mit der Kündigung und dem Widerruf der Zulassung der Veranstaltung haben wir zum einen den Anforderungen der Coronaschutzverordnung Rechnung getragen, zum anderen aber auch das Renommee der Ruhrfestspiele schützen wollen. Das Kulturfestival steht seit 75 Jahren für Attribute wie Weltoffenheit, Toleranz, Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit. Das Ruhrfestspielhaus ist unbestritten ein besonders symbolträchtiger Ort. Mit der Kündigung haben wir ein deutliches Signal gesetzt“, erklärte Bürgermeister Christoph Tesche.

Nachdem zunächst eine Klage der AfD vor dem Verwaltungsgericht gegen die Kündigung des Mietverhältnisses im Raum stand, hat die Partei nach intensiven Gesprächen mit der Stadtspitze die Kündigung akzeptiert und die Versammlung im Ruhrfestspielhaus abgesagt. Stattdessen wird die Stadt für den 14. Februar eine geeignete andere Veranstaltungsstätte an die AfD vermieten. Bei der Durchführung der Versammlung sind alle rechtlichen Voraussetzungen und alle Auflagen der Coronaschutzverordnung einzuhalten.

„Ich bin froh, dass es uns gelungen, die AfD davon zu überzeugen, nicht im Ruhrfestspielhaus zu tagen. Wir werden aber damit leben müssen, dass eine Partei die demokratisch auf allen Ebenen in die Parlamente gewählt worden ist, auch in unserer Stadt Versammlungen abhalten darf. Umso mehr gilt es, in der politischen Auseinandersetzung klar Flagge gegen die Positionen der AfD zu zeigen“, betonte Bürgermeister Tesche.

Dass es bei der Anmietung von öffentlichen Veranstaltungshäusern durch die AfD zu Konflikten kommt, ist nicht neu. Verschiedene Städte hatten bisher vergeblich versucht, die Anmietung öffentlicher Räume zu verhindern. So hatte sich die AfD 2017 erfolgreich in die Oberhausener Stadthalle eingeklagt, 2017 in Münster die Nutzung einer Schul-Aula vor Gericht erstritten und war 2019 auch erfolgreich gegen die Stadt Bochum vor das Verwaltungsgericht gezogen, weil diese die Jahrhunderthalle nicht für eine Parteiveranstaltung zur Verfügung stellen wollte.